

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	187
		<b>TOP:</b>	6
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	320/2021
		<b>GZ:</b>	SWU/SI
<b>Sitzungstermin:</b>	22.06.2021		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Pätzold		
<b>Berichterstattung:</b>	Herr Gunsilius (SozA), Herr Dr. Oediger (ASW)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Schmidt / fr		
<b>Betreff:</b>	<b>Ergebnis des 3. Suchlaufs für Pflegeheimstandorte</b>		

Beratungsunterlage ist die gemeinsame Mitteilungsvorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt und des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 10.06.2021, GR Drs 320/2021. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StRin Bulle-Schmid (CDU) begrüßt den ämterübergreifenden Suchlauf, der zwar erfolgreich gewesen sei, aber dennoch weiteren Handlungsbedarf aufzeige. Sie sei davon überzeugt, dass die präsentierten Zahlen nicht ausreichend seien. Die Verwaltung sollte die Umsetzung der Verfahren beschleunigen, um den noch offenen Fehlbedarf bis 2030 abdecken zu können.

Die aufwändige Suche stößt bei StRin Dr. Lehmann (90/GRÜNE) auf Bewunderung. Sie spricht der Verwaltung einen Dank aus, denn es sei in Stuttgart nicht einfach, Flächen für Pflegeheimstandorte zu finden. Den Äußerungen ihrer Vorrednerin könne sie sich anschließen. Es sei fraglich, ob die Vorschläge in naher Zeit realisiert werden könnten. Sie wolle wissen, wie das Potenzial schneller gehoben werden könne.

Im Bericht werde darauf hingewiesen, so StR Rockenbach (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), dass der Zeitlauf kritisch zu sehen sei. Eines der Umsetzungsrisiken seien die Eigentumsverhältnisse vor allem im Zusammenhang mit der Nachnutzung der Versicherungsareale im Bezirk Mitte. Er thematisiert weitere Instru-

mente wie besondere Vorkaufsrechte oder Vorranggebiete, um diese großen urbanen Gebiete schneller zu entwickeln und den Pflegenotstand bis 2030 zu beheben.

StRin Kletzin (SPD) stellt die Fragen nach der Verteilung auf die kurz- bis langfristigen Ziele und wie diese schneller umgesetzt werden könnten.

Ähnlich wie StRin Bulle-Schmid sieht StR Schrade (FW) Parallelen zur Potenzialanalyse Wohnen (TOP 1). Die Vorlage sei zwar sehr gut, aber auch sehr theoretisch und mit vielen Unwägbarkeiten behaftet. Zudem seien bereits bestehende Standorte enthalten, die eigentlich kein neues Potenzial enthielten. Es sei zu befürchten, dass in den kommenden Jahren weitere Pflegeheime umgewandelt werden müssten, da sich die Voraussetzungen (Landesheimbauverordnung) verändert hätten. In seinem persönlichen Abgleich mit der Kreispflegeplanung 2030 habe sich bestätigt, dass es in der Innenstadt sehr viel Potenzial gebe, in den äußeren Stadtbezirken jedoch nicht. Er regt an, sich in den äußeren Stadtbezirken von der dogmatischen Haltung des Nicht-Antastens von Außenbereichen zu entfernen. Er wünsche sich mehr Flexibilität bei der Abdeckung von zweifellos vorhandenen Bedarfen.

Herr Gunsilius (SozA) bestätigt viele Unwägbarkeiten in den Prognosen für den Pflegebedarf bis 2030. Andererseits gebe es ein sehr dynamisches Geschehen bei den Grundstücken, und im Arbeitskreis sei vereinbart worden, die Liste regelmäßig zu überprüfen und weitere Suchläufe durchzuführen. Bezüglich der Landesheimbauverordnung merkt er an, die zu kompensierende Anzahl von Doppelzimmern sei auf ca. 300 "abgeschmolzen" worden, aber trotzdem in die Berechnung eingeflossen. Aus sozialplanerischer Sicht sei die Lage des Grundstückes nicht wichtig; stationäre Pflege habe nicht nur einen regionalen Bezug, sondern auch für die angrenzenden Bezirke Bedeutung. Man achte nicht nur auf den Ausbau von stationären Hilfen, sondern auch von ambulanten Strukturen, um den Menschen ein längeres Leben zuhause zu ermöglichen. Aus diesem Grund sei die Pflegekonferenz mit entsprechenden Arbeitsgruppen ins Leben gerufen worden. Über die regionale Koordinierungsstelle werde sich auch um die Pflegeausbildung gekümmert. Insgesamt sei das Thema mit vielen flankierenden Maßnahmen sehr komplex.

Man ruhe sich auf den Zahlen nicht aus, betont Herr Dr. Oediger (ASW). Es gebe von BM Pätzold die klare Ansage, für alle großen und mittelgroßen städtebaulichen Entwicklungsgebiete das Thema Pflege zu verwirklichen. Den Planer\*innen im Amt für Stadtplanung und Wohnen sei der Pflegenotstand vollkommen bewusst. Bei den Suchläufen sei die Energie zu spüren, für die Menschen ein Ergebnis zu erzielen. Mit den Arbeits- und Lenkungsgruppen seien die entsprechenden Strukturen geschaffen worden, um penetrant nachzufassen. Trotzdem gebe es notwendige Genehmigungsverfahren. Um dieser wichtigen Aufgabe gerecht zu werden, seien alle zwei Jahre Suchläufe vorgesehen.

BM Pätzold bestätigt, das Thema Wohnen im Alter und Pflege bei jeder Quartiersentwicklung vorzusehen. Die Liste sei mit einem gewissen Optimismus und als "best case" erstellt worden, und zwischen sei man sehr restriktiv, was die Aufgabe von Gemeinbedarfsflächen angehe. Standorte mit geltendem Planungsrecht für ein Pflegeheim werden nicht mehr aufgegeben, um an anderer Stelle einen neuen Standort mühevoll zu errichten. Es müssten Lösungen zur Weiterentwicklung von Standorten gefunden werden.

StR Schrade zitiert folgenden Satz aus der GR Drs 320/2021: "Für die Überprüfung einer Umsetzbarkeit von Pflegeinfrastrukturen auf einzelnen Grundstücken sollten dem Sozialamt finanzielle Mittel für bauliche Machbarkeitsstudien bereitgestellt werden". Er bitte um konkrete Informationen, wie der Gemeinderat unterstützend tätig werden könne. Herr Gunsilius erklärt, dieser Satz sei aufgenommen worden, um Verfahren in Gang zu bringen. Er begrüßt die nun stadtweite Verankerung der Thematik und dankt den beteiligten Referaten für die gute Zusammenarbeit.

Der Vorsitzende stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat von der GR Drs 320/2021 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Schmidt / fr

## **Verteiler:**

- I. Referat SWU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)  
Baurechtsamt (2)  
Referat SI  
zur Weiterbehandlung  
Sozialamt (5)  
ELW (2)  
weg. SGA
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. Referat WFB  
Liegenschaftsamt (2)  
Stadtkämmerei (2)
  3. Referat SOS  
Amt für öffentliche Ordnung
  4. BVinnen Mitte, Nord, Ost  
BV Süd, West
  5. BezÄ Ca, Bo, De, Feu, Hed, Mö, Mühl, Mün,  
Ob, P-B, Si, Sta, Un, Vai, Wa, Weil, Zu
  6. Rechnungsprüfungsamt
  7. L/OB-K
  8. Hauptaktei
- III.
  1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  2. CDU-Fraktion
  3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
  4. SPD-Fraktion
  5. FDP-Fraktion
  6. Fraktion FW
  7. AfD-Fraktion
  8. Fraktionsgemeinschaft PULS